

GRADUATE CAMPUS
Studiengang General Management
Wintersemester 2022/2023
Recht und Steuern
ra.freimuth@t-online.de

BGB Bürgerliches Gesetzbuch

Gesetzestext

90., überarbeitete Auflage. 2022

Beck im dtv. ISBN 978-3-406-79561-9

Stand: 1. Juli 2022

HGB – Handelsgesetzbuch

68., überarbeitete Auflage.

2023

Beck im dtv. ISBN 978-3-

406-79971-6

Stand: 25. September 2022

Müssig

Wirtschaftsprivatrecht - Rechtliche Grundlagen
wirtschaftlichen Handelns

Lehrbuch

Artikel-Nr.: 8087441

ISBN: 9783811461536

Verlag: C.F. Müller, Heidelberg

INHALT

A. Einteilung öffentliches/Zivil- (Privat-) Recht

B. Rechtsgrundlagen für Zivilrecht und Wirtschaftsrecht

I. Bürgerliches Gesetzbuch

1. Erstes Buch: Allgemeiner Teil des BGB

1.1 Rechtsfähigkeit

1.2 Geschäftsfähigkeit

1.3 Willenserklärung

1.4 Einseitiges Rechtsgeschäft

1.5 Angebot und Annahme

1.6 Verjährung

2. Zweites Buch: Schuldrecht

2.1 Allgemeines Schuldrecht

2.1.1 Entstehen des Schuldverhältnisses

2.1.1.1 Gesetzliche Schuldverhältnisse

2.1.1.2 Vertragliche (Rechtsgeschäftliche)

Schuldverhältnisse

2.1.2 Form des vertraglichen Schuldverhältnisses

2.1.3 Inhalt des vertraglichen Schuldverhältnisses

2.1.3.1 Privatautonomie

2.1.3.2 Beteiligte

2.1.3.3 Leistungsgegenstand

2.1.3.4 Leistungsort

2.1.3.5 Leistungszeit

2.1.4 Leistungsstörungen

2.1.4.1 Schuldnerverzug

2.1.5 Beendigung des Schuldverhältnisses

2.2 Besonderes Schuldrecht

2.2.1 Vertragliche Schuldverhältnisse

2.2.1.1 Kaufvertrag

2.2.1.2 Werkvertrag

2.2.2 Gesetzliche Schuldverhältnisse

2.2.2.1 Deliktische Haftung

3. Sachenrecht

3.1 Eigentum

3.2 Besitz

II. Gefährdungshaftung Produkthaftungsgesetz

III. Handelsrecht

1. Kaufleute und Firma
2. Handelsregister
3. Prokura
4. Andere Vollmachten des Kaufmanns
5. Rechtsfolgen für den Kaufmann

Recht:

Alle festgelegten Regeln (Gesetze, Verordnungen, Verträge, Gewohnheitsrecht) zwischen einzelnen Rechtssubjekten zur Festlegung deren Ansprüche und Verpflichtungen

A. Öffentliches Recht/Zivilrecht

Öffentliches Recht

Regeln für das Rechtsverhältnis zwischen Staat und Bürger

also Ansprüche und Verpflichtungen des Staates gegen den Bürger und umgekehrt

Gekennzeichnet durch Obrigkeitsverhältnis

Handlung gegenüber der Allgemeinheit: Durch Gesetz

Gegenüber dem Einzelnen: Durch Verwaltungsakt (Verbote und Genehmigungen)

Beispiele:

Baurecht

Gaststättenrecht

Ausländerrecht

Öffentliches Recht ist auch:

Strafrecht

Sanktionen:

Geld- oder Freiheitsstrafe

sonstige Auflagen

OWI-Recht. Sanktion: Bußgeld

Zivilrecht

Regeln für das Rechtsverhältnis zwischen Bürger und Bürger
Betrifft Rechtsverhältnisse zwischen Privatpersonen (Bürger und Bürger, Unternehmer und Unternehmer, Bürger und Unternehmer)

Inhalt: Ansprüche auf
Zahlung, Handlung, Unterlassung und Verpflichtungen
untereinander

Auch der Staat kann sich privatrechtlich betätigen, wenn er als Vertragspartner z. B. als Beteiligter eines Kaufvertrages oder Mietvertrages und nicht als Staat auftritt.

B. Rechtsgrundlagen für das Zivilrecht

I. Bürgerliches Gesetzbuch, BGB

1. Erstes Buch: Allgemeiner Teil

1.1. Rechtsfähigkeit, § 1 BGB

Natürliche Person (Mensch):

Mit Vollendung der Geburt, § 1 BGB

Juristische Person (GmbH, AG): Mit der jeweiligen Gründung und Entstehung

Personengesellschaften (OHG, KG, GBR teilweise): Mit der Gründung/Entstehung, Aufnahme der Geschäfte

Träger von Rechten und Pflichten sein (also Rechte und Verpflichtungen haben)

Rechte sind z.B.: Schutzrechte (z.B. aus Strafrecht),
Schuldrechtliche Ansprüche (z.B. aus Gesetz oder Vertrag)

Fall Geschäftsfähigkeit

Der 13-jährige M. kauft auf dem Heimweg von der Schule recht günstig ein gebrauchtes Mofa zum Preis von 110,-- €. Den Kaufpreis kann er nicht vollständig entrichten. Er einigt sich mit dem Händler auf eine Ratenzahlung und leistet eine Anzahlung von 40,-- €. Eine Fahrerlaubnis besitzt M. nicht. Gleichwohl fährt er mit dem Mofa nach Hause und verursacht einen kleinen Verkehrsunfall.

1. Ist der Kaufvertrag zwischen M. und dem Händler wirksam zustande gekommen?
2. Haftet M. für den von ihm angerichteten Schaden?

Bitte begründen Sie Ihre Antworten und nennen Sie die gesetzlichen Vorschriften.

1.2 Geschäftsfähigkeit, §§ 104 ff. BGB (Fall 26, 36, 43, 58, 64 der Sammlung)

Bedeutung: Die Befähigung, eigene wirksame auf eine Rechtsfolge/rechtliche Konsequenz gerichtete Willenserklärungen abzugeben, z.B. auf Abschluss eines Kaufvertrages oder auf Beendigung eines Vertrages durch Aufhebung oder Kündigung.

Tritt die beabsichtigte Rechtsfolge ein, liegt das Rechtsgeschäft vor.

Nicht geschäftsfähig ist, wer

- nicht das siebente Lebensjahr vollendet hat
- krankheitsbedingt geistig beschränkt ist (nicht nur vorübergehend), § 104 BGB

Folge: Die Willenserklärung eines Geschäftsunfähigen ist nichtig, § 105 BGB

Beschränkt geschäftsfähig:

Ein Minderjähriger (also unter 18 Jahre, § 2 BGB) ist ab dem siebenten Lebensjahr in der Geschäftsfähigkeit beschränkt, §§ 106 f. BGB

Bedeutung: Es liegt Geschäftsfähigkeit vor, aber nicht uneingeschränkt.

Folge: § 107 BGB: Einwilligung des gesetzlichen Vertreters für Willenserklärungen, die nicht nur rechtlich vorteilhaft sind

Andernfalls: schwebend unwirksam, § 108 BGB

Ausnahme: Taschengeldparagraf, § 110 BGB Bewirkung der Leistung mit eigenen Mitteln

Bewirken bedeutet vollständige Erfüllung des Vertrages, also nicht durch Teile, z.B. Ratenzahlung

Weitere Ausnahmen

§ 112 BGB: selbständiger Betrieb

§ 113 BGB: Dienst- oder Arbeitsverhältnis

Lösung Fall Geschäftsfähigkeit

1. Nein, M. ist nur beschränkt geschäftsfähig, § 106 BGB, und benötigt die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters, § 107 BGB. Die Wirksamkeit der Willenserklärung des M. und somit die Wirksamkeit des Vertrages hängt von der Genehmigung des Vertreters ab.

2. Ja, gemäß § 828 Abs. III BGB. M. kann mit 13 Jahren die Verantwortlichkeit seines Verhaltens ohne weiteres erkennen.

1.3 Teilnahme am Rechtsverkehr durch Willenserklärungen (Fall 12 der Sammlung)

Arten von Willenserklärungen:

Schriftlich, mündlich, konkludent (schlüssig)

Erklärung bedeutet: Äußerung (kommunikative Handlung, durch die der zunächst noch unbekannte Wille des erklärenden Absenders gegenüber dem Empfänger geäußert wird.)

Eine Willenserklärung, die einem Abwesenden gegenüber abgegeben wird, wird erst wirksam, wenn sie ihm zugeht, § 130 BGB.

Keine Willenserklärungen sind

- Prospekte, Annoncen, Schaufensterauslagen, Schweigen
- Invitatio ad offerendum

Fall Willenserklärung/Anfechtung

In einer Gaststätte in Trier findet in einem Saal eine Weinversteigerung statt, was für jedermann durch Plakate und Schilder deutlich erkennbar ist. Der Gast G möchte sich das einmal ansehen. Im Saal möchte er bei der Bedienung einen Kaffee bestellen und gibt ihr ein entsprechendes Handzeichen. Der Versteigerer V sieht dies und wertet das Handzeichen als ein Gebot von G. Er erteilt ihm mit dem in Versteigerungen üblichen Hammerschlag den Zuschlag für 1000 Liter Riesling zum Preis von 2.000,-- €.

1. Hat V gegen G einen Anspruch auf Zahlung von 2.000,00 € gegen Übereignung von 1.000 l Riesling?
2. Kann G seine Erklärung anfechten?
3. Welche Folgen hat eine Anfechtung?

Anfechtbarkeit wegen

Irrtums (Inhalt oder Erklärung),
§ 119 BGB

Frist: unverzüglich, § 121 BGB,
Schadensersatz: § 122 BGB

Täuschung oder Drohung, § 123 BGB

Frist: innerhalb eines Jahres ab Kenntnis der Täuschung
bzw. bei Ende der Zwangslage, § 124 BGB

Rechtsfolge: Rechtsgeschäft ist von Anfang an nichtig, § 142
BGB

Die Anfechtung erfolgt durch Erklärung gegenüber dem
Anfechtungsgegner, § 143 BGB

Lösung Fall Willenserklärung

1. Ja, es liegen zwei übereinstimmende Willenserklärungen vor. Entscheidend ist zunächst die Sicht eines objektiven Beobachters, nicht die des Erklärenden.
2. Ja, G hat über den wahren Inhalt seiner Erklärung Handzeichen geirrt, also darüber, dass sein Handzeichen eine bestimmte Rechtsfolge auslöst, § 119 BGB
3. Schadensersatzpflicht, § 122 BGB sowie Nichtigkeit, § 142 BGB

1.4 Einseitiges Rechtsgeschäft

Die Rechtsfolge einer WE tritt ohne Zustimmung des Empfängers ein

Eventuell mit und ohne Zugang, § 130 BGB

Beispiele: Kündigung (mit Zugang), Testament (ohne Zugang)

1.5 Vertrag /zwei- oder mehrseitiges Rechtsgeschäft (Fall 11, 86 der Sammlung)

Mindestens zwei übereinstimmende Willenserklärungen

§§ 145, 146 BGB

Wirksamwerden der Willenserklärung gegenüber Abwesenden bei Zugang, § 130 BGB

Fall Ferrari

V will seinen gebrauchten Ferrari verkaufen. Auf eine entsprechende Zeitungsannonce, in der von einem Preis von Euro 50.000,00 die Rede ist, meldet sich K, der sich den Wagen anschaut. V bietet K den Erwerb des Wagens verbindlich an. Weil K sich jedoch noch nicht entscheiden kann, vereinbaren beide, dass K, wenn er sich zum Kauf entschließe, dem V spätestens bis zum kommenden Freitag einschließlich Bescheid geben soll.

Am Freitag ruft K bei V an, erreicht jedoch nur dessen Frau. Dieser teilt K mit, dass er den Wagen kaufe, und bittet um Benachrichtigung des V. Die Frau des V vergisst den Anruf aber zunächst und informiert ihren Mann erst am Montag. Da V zwischenzeitlich noch einen weiteren Interessenten hat, der Euro 10.000,00 mehr bietet, will V den Wagen K, der am folgenden Tag mit dem Geld bei V erscheint, nicht übergeben. Zu Recht?

Gebundenheit an den Antrag (Angebot), § 145 BGB,
§ 146 BGB

Angebot unter Anwesenden: Annahme sofort, § 147 Abs. 1
BGB

Angebot unter Abwesenden: angemessene Frist, § 147 Abs. 2
BGB

Verspätete oder geänderte Annahme: Ablehnung und neues
Angebot, § 150 BGB

Aber: Bestimmung einer Annahmefrist durch den Antragenden,
§ 148 BGB

Verspätete und abändernde Annahme, § 150 BGB

Lösung Fall Ferrari

Kaufvertrag zwischen V und K, § 433 Abs. 1 BGB ?

Angebot und Annahme

Zeitungsannonce: kein Angebot sondern eine „invitatio ad offerendum“

Angebot nach der Besichtigung des Wagens V – K:

Ferrari für 50.000,00 € verbindlich angeboten.

Annahme durch K im Telefonat mit der Frau des V

Problem: Rechtzeitiger Zugang, da K nicht persönlich mit V telefoniert hat?

im Herrschaftsbereich des Empfängers (V) durch Erklärung gegenüber der Ehefrau und damit rechtzeitig am Freitag?

Ja, nach Gepflogenheit ist die im Haushalt lebende Ehefrau empfangsberechtigt, so dass die Erklärung im Herrschaftsbereich des Empfängers (V) angekommen ist.

Fall Willenserklärung

Das Ehepaar Lustig besichtigt beim Möbelschneider Hiegel eine neue Einbauküche zum Preis von 14.999,-- €. Der Verkaufsmitarbeiter Emsig legt einen schriftlichen Kaufvertrag zur Unterschrift vor, der neben dem Kaufpreis auch eine Montagegebühr von 400,-- € vorsieht. Das Ehepaar Lustig erklärt dem Emsig, die Angelegenheit noch einmal überdenken zu wollen und bitten um Aushändigung des Vertrages mit der Ankündigung, den Vertrag bis spätestens am nächsten Tag zurückzugeben. Zu Hause entscheiden sie sich für den Kauf der Küche ohne Montagekosten. Sie streichen diese Position im Vertrag und geben ihn am nächsten Tag unterzeichnet zurück. Als die Küche 3 Wochen später geliefert und montiert wird, erhalten die Eheleute Lustig auch die Rechnung, die Montagekosten von 400,-- € erhebt.

1. Ist zwischen den Eheleuten Lustig und dem Möbelhaus Hiegel ein Vertrag zustande gekommen, gegebenenfalls wann?

2. Müssen die Eheleute Lustig auch die Montagekosten bezahlen?

Lösung Fall Willenserklärung

1. Mit der Rückgabe des unterzeichneten Vertrages ist kein Vertrag zustande gekommen. L haben das Angebot von H nicht angenommen, sondern geändert. Die Annahme eines Angebotes unter Abänderung gilt als Ablehnung, § 150 Abs. 2 BGB.

2. Nein, zwischen L und H ist ein Werkvertrag ohne Montagekosten zustande gekommen, da H das neue Angebot von L durch die Lieferung ohne Montagekosten konkludent angenommen hat.

1.6 Verjährung (Fall 1, 34 der Sammlung)

Bedeutung

Sogenannte Einrede: muss vom Schuldner erhoben werden (... ist der Schuldner berechtigt, die Leistung zu verweigern, § 214 BGB, wird also nicht von Amts wegen berücksichtigt)

Wirkung: dauerhafte Blockade, nicht jedoch Wegfall der Forderung

Regelmäßige Verjährung und ihre Voraussetzungen

- Fällige Forderung (Anspruch), § 194 BGB
- Frist: 3 Jahre, § 195 BGB
- Beginn, § 199 Abs. 1 BGB:

++ Jahresschluss

++ des Entstehens und

++ Kenntnis des Gläubigers (oder grob fahrlässige Unkenntnis) von den Umständen und dem Schuldner

Fall Anwaltshaftung

Mandant M beauftragt am 10.12.2021 den Anwalt A mit der Beitreibung einer Werklohnforderung in Höhe von 15.000,-- € aus einem Werkvertrag. Er legt dem A hierzu eine Rechnung vor, die vom 01.04.2019 datiert. Die Rechnung besteht lediglich aus einer Position: „Dachstuhlreparatur gemäß Leistungsverzeichnis vom 01.08.2018 und Abnahme vom 27.08.2018.“ A, der sich bereits in intensiven Urlaubsvorbereitungen befindet, ist der Auffassung, dass die Angelegenheit noch Zeit habe und legt die Akte auf eine Wiedervorlage zum 15.01.2022. Während des Urlaubs kommen ihm aber Bedenken, ob er nicht doch besser sofort nach Erhalt des Auftrags etwas in der Sache hätte unternehmen müssen.

Hemmung der Verjährung

Bedeutung: Frist wird an- oder aufgehalten für die Dauer des hemmenden Vorgangs und läuft anschließend weiter.

Bei Verhandlung, § 203 BGB,
Verjährungseintritt aber frühestens 3
Monate nach Ende der Hemmung

durch Rechtsverfolgung, z.B.
Klageerhebung, Einleitung des gerichtlichen Mahnverfahrens,
§ 204 BGB

Ende der Hemmung: 6 Monate nach Rechtskraft der
Entscheidung bzw. letzter Verfahrenshandlung bei Stillstand.

Neubeginn der Verjährung bei
Abschlags-, Zinszahlung
Sicherheitsleistung oder sonstiges Anerkenntnis
gerichtlicher oder behördlicher Vollstreckungshandlung, § 212
BGB

Lösung Fall Anwaltshaftung

1. Die Verjährung tritt am 31.12.2018 ein, nach 3 Jahren, und beginnt mit der Abnahme, §§ 195, 199 BGB
2. A muss eine gerichtliche Maßnahme gem. § 204 BGB ergreifen.

2. Zweites Buch: Schuldrecht

2.1 Allgemeines Schuldrecht

2.1.1 Wesen und Entstehen des Schuldverhältnisses

Ansprüche/Verpflichtungen auf/zur Leistung (= Schuld)
zwischen

mehreren Beteiligten (= Verhältnis), § 241 BGB, die sich
entweder aus dem Gesetz oder einem Vertrag ergeben
(gesetzliches oder vertragliches Schuldverhältnis)

2.1.1.1 Gesetzliches Schuldverhältnis

Beispiel: A geht aus Unachtsamkeit bei rot über einen Fußgängerweg. Pkw-Fahrer F muss deshalb ausweichen und prallt mit seinem Fahrzeug gegen eine Straßenlaterne. Fahrzeug und Laterne werden beschädigt.

Mögliche Anspruchsgrundlage für F (und natürlich auch den Eigentümer der Straßenlaterne) ist § 823 Abs. I BGB. Eine vertragliche Anspruchsgrundlage besteht nicht, da A und F keinen Vertrag miteinander geschlossen haben.

2.1.1.2 Rechtsgeschäftliches Schuldverhältnis setzt den Abschluss eines Vertrages voraus, §§ 311 Abs. I, 145 ff. BGB

Mindestens zwei übereinstimmende Willenserklärungen, s.o.

Beispiele: Kaufvertrag, Werkvertrag, Mietvertrag u.a.

aber: es reichen auch schon vorvertragliche Beziehungen zur Annahme eines Schuldverhältnisses, § 311 Abs. 2 BGB

Beispiel: Ein Kunde betritt ein Ladengeschäft und rutscht dort auf einer auf dem Fußboden liegenden Bananenschale aus, wodurch er sich schwer verletzt.

Schadenersatzansprüche können entstehen auf Grund eines gesetzlichen Schuldverhältnisses (§ 823 Abs. I BGB) und auf Grund eines vorvertragliche Schuldverhältnisses (§ 311 Abs. II BGB). Beide Schuldverhältnisse bestehen nebeneinander und unabhängig voneinander.

2.1.2 Form des vertraglichen Schuldverhältnisses

Grundsätzlich formlos

Ausnahmen:

- Kaufvertrag über Grundstück oder die Übertragung des gegenwärtigen Vermögens bedarf der notariellen Beurkundung, § 311 b BGB
- Schenkungsvertrag ebenfalls, § 518 BGB,
- Bürgschaft schriftlich, § 766 BGB
- Aber Heilung des Formmangels, wenn Geschäft vollzogen ist, also das Grundstück im Grundbuch eingetragen oder Geschenk übereignet wurde
- Aufhebungsvertrag über Arbeitsverhältnis: schriftlich, § 623 BGB

Keine Generalregelung über Schriftform: Eventuelles Erfordernis ergibt sich direkt aus den Vorschriften zum konkreten Schuldverhältnis

2.1.3 Inhalt des vertraglichen Schuldverhältnisses (Fall 62)

2.1.3.1 Privatautonomie

- Abschlussfreiheit: ob/mit wem
- Formfreiheit
- Inhaltsfreiheit

2.1.3.2 Beteiligte: Gläubiger und Schuldner

2.1.3.3 Leistungsgegenstand: essentiali negotii

- Stückschuld (= genaue Bezeichnung) oder Gattungsschuld, § 243 BGB (= mittlere Art und Güte), Vorratsschuld

- 2.1.3.4 Leistungsort, § 269 BGB: Wohnsitz des Schuldners (Holschuld) und

- 2.1.3.5 Leistungszeit, § 271 BGB (grundsätzlich sofort, wenn sich nichts anderes aus dem Gesetz ergibt oder vereinbart wurde.) accidental negotii

2.1.4 Leistungsstörung

2.1.4.1 Schuldnerverzug, § 280 Abs. 1, Abs. 2, 286 BGB (Fall 4, 22, 27, 37, 49, 85 der Sammlung)

Schadensersatz bei der Pflichtverletzung „Verzögerung“
nur unter der weiteren Voraussetzung des § 286 BGB

Voraussetzungen

- Fällige Forderung
- Nicht rechtzeitige Leistung
- Mahnung des Schuldners durch den Gläubiger (formlos gültig, aber beweisbar)
- Entbehrlichkeit der Mahnung u.a., wenn nach § 286 Abs. 2 BGB Leistungszeit nach dem Kalender bestimmbar oder der Schuldner die Leistung ernsthaft und endgültig verweigert.

Ebenfalls Verzug ohne Mahnung, wenn bei einer Entgeltzahlung keine Leistung innerhalb von 30 Tagen nach Fälligkeit und Zugang einer Rechnung oder Aufstellung erfolgt, § 286 Abs. 3 BGB.

(ist der Schuldner Verbraucher, so gilt dies nur, wenn Rechnung oder Aufstellung einen entsprechenden Hinweis enthält)

Kein Verzug, wenn Schuldner die Verzögerung nicht zu vertreten hat, § 286 Abs. 4 BGB.

Bedeutet: Grundsätzlich hat Schuldner die Verzögerung immer zu vertreten, ausnahmsweise eben nur dann nicht, wenn er sie nicht zu vertreten hat. Der Schuldner muss also das Nicht-Vertreten müssen beweisen, nicht der Gläubiger das Vertreten müssen.

Rechtsfolge: Verzugszinsen

5 PP über dem Basiszinssatz, § 288 Abs. I BGB

9 PP über dem Basiszinssatz bei Rechtsgeschäften ohne Verbraucher, § 288 Abs. II BGB

Höhere Zinsen aus einem anderen Rechtsgrund, § 288 Abs. III BGB

Geltendmachung eines weiteren Schadens, z.B.

Vertragsstrafe, § 288 Abs. IV BGB

2.1.5 Beendigung des Schuldverhältnisses

- abschließende vollständige Erfüllung, § 362 BGB
- Aufrechnung, § 387 BGB
- Aufhebung durch Vertrag
- Kündigung, z.B. §§ 621, 622 BGB für Dienst- und Arbeitsverhältnisse oder bei Mietverhältnis, §§ 542, 580a BGB
- Anfechtung wegen Irrtums oder Täuschung §§ 119, 123 BGB
- Rücktritt , § 323 BGB (Fall 65 der Sammlung)
- Widerruf, z.B. §§ 312 g, 355 BGB

2. 2 Besonderes Schuldrecht

2.2.1 Vertragliche Schuldverhältnisse (Fall 63 der Sammlung)

2.2.1.1 Kaufvertrag, §§ 433 ff. BGB

Form: Formlos (Grundsätzlich)

Beteiligte: Verkäufer und Käufer

Verpflichtungen: Eigentumsübertragung und Bezahlung

Abstraktionsprinzip: Trennung von Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäft

2.2.1.1 Mängelgewährleistung: Kaufgegenstand muss frei von Sach- und Rechtsmängeln sein, § 433 Abs. 1 S. 2 BGB (Fall 2, 7, 17, 20, 24, 28, 38, 69, 89) der Sammlung)

2.2.1.1.1 Sach- und Rechtsmangel
Mangelfreie Sache, § 434 BGB

§ 434 Abs. 1 BGB: Die Sache muss bei Gefahrübergang den subjektiven Anforderungen, den objektiven Anforderungen und den Montageanforderungen gemäß § 434 BGB im einzelnen entsprechen:

§ 434 Abs. 2 BGB: Die Sache entspricht den subjektiven Anforderungen, wenn sie

1. die vereinbarte Beschaffenheit (Art, Menge, Qualität, Funktionalität, Kompatibilität, Interoperabilität und sonstige Merkmale) hat
2. sie sich für die nach dem Vertrag vorausgesetzte Verwendung eignet
3. mit dem vereinbarten Zubehör und den vereinbarten Anleitungen und Montage- und Installationsanleitungen übergeben wird.

§ 434 Abs. 3 BGB: Wenn nichts vereinbart wurde, entspricht die Sache den objektiven Anforderungen wenn sie

1. sich für die gewöhnliche Verwendung eignet
2. eine Beschaffenheit aufweist, die bei Sachen der selben Art üblich ist und die der Käufer erwarten kann (unter Berücksichtigung der Sache und den Äußerungen des Verkäufers insbesondere in der Werbung und auf dem Etikett
3. einem Muster oder einer Probe, die der Verkäufer dem Käufer gegeben hat, entspricht
4. mit dem Zubehör einschließlich Verpackungsmontage, Installationsanleitung sowie anderen Einleitungen, die übergeben werden, den Erwartungen des Käufers entspricht.

§ 434 Abs. 4 BGB: Montageanforderung bei bei ordnungsgemäßer Durchführung der Montage

§ 434 Abs. 5 BGB: Ein Sachmangel liegt auch dann vor, wenn der Verkäufer etwas anderes liefert als die vertraglich geschuldete Sache

Frei von Rechtsmängeln, § 435 BGB

- Frei von Rechten Dritter, als nicht vermietet oder verpfändet oder die Sache gehört dem Verkäufer gar nicht

2.2.1.1.2 Rechtsfolge: Gewährleistungsansprüche, §§ 437 ff. BGB

Zunächst (wegen § 323 BGB Fristsetzung): Nacherfüllung, § 439 BGB

entweder Nachbesserung oder Neulieferung

Umfang bestimmt zunächst der Käufer, Verkäufer kann beschränken

Erst dann Rücktritt, Minderung, Schadensersatz

Verjährung, § 438 BGB
unter anderem in
5 Jahren bei Bauwerken
Im übrigen in 2 Jahren

Verjährungsbeginn: bei Übergabe der Grundstücke, im
übrigen
mit Ablieferung der Sache, und zwar unabhängig von einer
Kenntnis des Käufers vom Mangel

Bei arglistigem Verschweigen des Mangels durch den
Verkäufer:

Regelmäßige Verjährungsfrist, also 3 Jahre ab
Jahresschluss, § 195, und Kenntnis § 199 BGB

2.1.1.1.3 Folge der Privatautonomie im Kaufrecht (Fall 32 der Sammlung)

Umfang der Gewährleistung kann vereinbart und durch Einzelvertrag vollständig ausgeschlossen werden

Aber nicht bei arglistigem Verschweigen, § 444 BGB

Ausnahme auch: Verbrauchsgüterkauf, §§ 474 ff. BGB zwischen Unternehmer (§ 14 BGB) und Verbraucher (§ 13 BGB)

keine Vereinbarung über Mängel vor Kenntnis (Mitteilung) des Mangels, § 476 BGB und

Beweislastumkehr in den ersten 12 Monaten, § 477 BGB

Fall Verbrauchsgüterkauf (Fall 28 der Sammlung)

Der Rentner R kauft beim Händler H eine neue Kaffeemaschine. Da es sich um einen auslaufenden Posten handelt, möchte H ausnahmsweise mit R einen Gewährleistungsausschluss vereinbaren. Hiergegen hat R keine Bedenken, da die Kaffeemaschine völlig unbenutzt ist und mehrere Probedurchgänge fehlerfrei meistert. Außerdem erklärt sich H bereit, dem R im Falle seines Einverständnisses 2 Pfund Kaffee der besten Sorte zu schenken. H und R erklären deshalb im Kaufvertrag durch einen handschriftlichen Zusatz, dass dem R keine Gewährleistungsansprüche zustehen. Dieser Zusatz wird von R gesondert unterschrieben.

Wenige Tage später tritt Wasser aus der Maschine aus. R fordert den H auf, die Maschine zu reparieren. H beruft sich auf seinen Gewährleistungsausschluss.

Hat R einen Anspruch auf Beseitigung des Mangels?

Lösung

AGL: § 437 Ziff. 1 BGG

Kaufvertrag (+), Mangel (+) unproblematisch

Aber: Gewährleistungsausschluss

Grundsätzlich möglich, da Gewährleistungsvorschriften dispositiv sind.

Aber: hier liegt ein Verbrauchsgüterkauf vor, § 474 BGB, zwischen Unternehmer und Verbraucher (§§ 13, 14 BGB), bei dem sich der Verkäufer als Unternehmer gegenüber dem Verbraucher vor Mitteilung des Mangels auf eine Vereinbarung, die zum Nachteil des Käufers führt, nicht berufen kann, § 476 Abs. 1 BGB.

Ergebnis: Anspruch des R besteht.

2.2.1.2 Werkvertrag, §§ 631 ff. BGB

- Beteiligte: Unternehmer und Besteller
- Geschuldete Leistungen:
 - ++ Unternehmer: Herstellung einer Sache oder Ergebnis (Erfolg) einer Dienstleistung, § 631 Abs. 2 BGB
 - ++ Besteller: Bezahlung, § 632 BGB, Abnahme, § 640 BGB formlos, schlüssig oder durch Fristsetzung
- Fälligkeit der Vergütung nach Abnahme, § 641 BGB
- Leistungsgefahr trägt der Unternehmer bis zur Abnahme, danach der Besteller, § 644 BGB
- Werkunternehmerpfandrecht, § 647 BGB

2.2.1.2.1 Mängelgewährleistung (Fall 68 der Sammlung)

Sachmangel, § 633 BGB:

- Vereinbarte Eigenschaft, sonst
- Eignung für die vertraglich vorausgesetzte, sonst
- die gewöhnliche Verwendung, § 633 BGB

Rechte des Bestellers, § 634 BGB:

- Nacherfüllung, § 635 BGB
- Selbstvornahme nach Fristsetzung, § 637 BGB und Ersatz der erforderlichen Aufwendungen
- Rücktritt vom Vertrag nach Fristsetzung, §§ 323, 636 BGB
- Minderung des Werklohns nach Fristsetzung, §§ 323, 638 BGB
- Schadensersatz, §§ 636, 280 BGB

Fall Mangel

Die Studentin S richtet sich eine neue Wohnung ein. Sie kauft im Möbelgeschäft des H einen Kleiderschrank und bittet den H ferner, ein altes Bücherregal neu zu lackieren.

Bei Lieferung beider Möbelstücke stellt S fest, dass die Schranktüren nicht schließen und an einer Ecke des Bücherregals der Lack abplatzt. S wünscht von H einen neuen Schrank und eine Neulackierung des Regals. H möchte am Schrank lediglich die Türscharniere austauschen. Die bei ihm hierdurch entstehenden Kosten belaufen sich auf 30,-- €, bei der Anschaffung eines Ersatzschrankes entstehen ihm Kosten von 350,-- €. Von der Reparaturarbeit ist anschließend nichts mehr zu sehen. Ferner möchte er nur die schadhafte Stelle am Regal abschleifen und neu lackieren. Auch diese Reparatur, die Kosten von 20,-- € verursacht, ist später nicht mehr zu erkennen. Eine Neulackierung würde 100,-- € kosten.

1. Welche Verträge haben S und H geschlossen?
2. Stehen S gegen H Ansprüche auf
 - a. Lieferung eines neuen Schrankes
 - b. Neulackierung des Regalszu?

1. Schrank: Kaufvertrag, § 433 BGB; Regal: Werkvertrag, § 631 BGB

2.a. Anspruch auf Neulieferung des Schrankes

Der Anspruch könnte sich aus §§ 437, 439 BGB ergeben.

Unstreitig haben S und H einen Kaufvertrag geschlossen, § 433 BGB. Der Schrank ist nicht mängelfrei, § 434 BGB, da üblicherweise die Türen eines Kleiderschranks schließen sollten. Der Mangel ist auch bei der Übergabe vorhanden. Gemäß § 439 Abs. 1 BGB steht S ein Wahlrecht zwischen Neulieferung und Nachbesserung zu, so dass sie grundsätzlich die Neulieferung beanspruchen kann.

Gemäß § 439 Abs. 3 BGB a. F., jetzt § 439 Abs. 4 BGB kann H aber die Neulieferung verweigern, wenn sie nur mit unverhältnismäßigen Kosten verbunden ist, und darf sich auf die Nachbesserung beschränken. Die Reparatur ist wesentlich günstiger und später nicht mehr zu erkennen. Die Neulieferung ist im Verhältnis zur Reparatur unangemessen teuer.

b. Anspruch auf Neulackierung des Regals

Der Anspruch könnte sich aus §§ 634, 635 BGB ergeben. S und H haben einen Werkvertrag geschlossen, § 631 BGB Abs. 2 letzte Alternative. Das Werk ist auch mangelhaft, § 633 Abs. 2 S. 2 Ziff. 2 BGB, da der neu angebrachte Lack nicht abplatzen darf.

Gemäß § 635 BGB steht S ein Nacherfüllungsanspruch (Mängelbeseitigung oder neues Werk) zu, über den aber allein H nach seiner Wahl entscheidet. Sofern die von ihm vorgesehen Reparatur den Mangel völlig beseitigt - was hier der Fall ist -, kann S keine Neulackierung des kompletten Regals verlangen.

2.2.1.2.2 Verjährungsfristen, § 634 a BGB

2 Jahre bei Herstellung, Wartung, Veränderung von beweglichen Sachen

5 Jahre bei Bauwerken und Planungs- und Überwachungsleistungen hierfür

Sonst: regelmäßige Verjährungsfrist, § 195 BGB: 3 Jahre

Beginn: mit der Abnahme (Ausnahme: regelmäßige Verjährungsfrist: Jahresende, § 199 BGB)

Regelmäßige Verjährungsfrist auch bei arglistigem Verschweigen eines Mangels

2.2.1.2.3 Ausnahme: Werklieferungsvertrag gem. § 650 BGB

Bedeutung: bei Lieferung von herzustellenden oder zu erzeugenden beweglichen Sachen.

Folge: Anwendung von Kaufrecht, §§ 433 ff. BGB , also insbesondere Gewährleistung nach Kaufrecht

2.2.2 Gesetzliche Schuldverhältnisse

2.2.2.1 Haftung aus unerlaubter Handlung

2.2.2.1.1 Grundtatbestand: § 823 I BGB, absolute Rechte

Voraussetzungen:

- Verletzung eines geschützten Rechtsgutes:
Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit, Eigentum
und sonstige Rechte eines anderen
(Persönlichkeitsrecht, Besitzrecht, Namens- und
Firmenrecht, Urheberrecht)
- Nicht: das Vermögen als solches

2.2.2.1.2 Verletzung eines Schutzgesetzes, § 823

Abs. 2 BGB, z.B. § 263 StGB Betrug:

Dann auch Schutz des Vermögens

Für beide Anspruchsgrundlagen gilt:

- Ursachenzusammenhang zwischen

Verletzungshandlung und Schaden (Kausalität)

- Rechtswidrigkeit (wird wegen der deliktischen

Begehungsweise grundsätzlich unterstellt und nicht
gesondert geprüft, es sei denn, es gibt

Rechtfertigungsgründe: Notwehr, Nothilfe,

Einverständnis

des Geschädigten)

- Verschulden (Vorsatz oder Fahrlässigkeit)

2.2.2.1.3 Rechtsfolge: Schadensersatz

Der Geschädigte ist so zu stellen, als wäre das Schadensereignis nicht eingetreten, §§ 249 ff. BGB.

Vergleich zwischen Ist – und Sollzustand

Materieller und immaterieller Schaden (Schmerzensgeld)

2.2.2.1.4 Deliktsfähigkeit, § 828 BGB

Bedeutung: Verantwortlichkeit für eigene
Schadenszuführung

- Keine Verantwortung bis zur Vollendung des 7. Lebensjahr
- Keine Verantwortung bis zum 10. Lebensjahr im
Zusammenhang mit dem Betrieb eines Kraftfahrzeuges
- Nach Vollendung des 7. Lebensjahres bis zur Vollendung
des 18. Lebensjahres je nach Verständnisgrad

Drittes Buch: Sachenrecht

3.1 Eigentum, § 903 BGB: Befugnis

3.1.1 Erwerb des Eigentums

3.1.1.1 durch Rechtsgeschäft

3.1.1.1.1 von beweglichen Sachen

- durch Einigung und Übergabe, § 929 Satz 1 BGB
- ohne Übergabe, wenn sich der Erwerber bereits im Besitz der Sache befindet, § 929 Satz 2 BGB
- ohne Übergabe auch, wenn der bisherige Eigentümer im Besitz der Sache bleibt (z.B. bei einer Sicherungsübereignung), §§ 929, 930 BGB
- ohne Übergabe auch, wenn sich die Sache im Besitz eines Dritten befindet (Mieter), durch Abtretung des Herausgabeanspruchs, § 931 BGB

Fall Übereignung

Der Autovermieter Car-renting, möchte sich neue Fahrzeuge zulegen und einen Teil seines bisherigen Wagenparks veräußern. Eines der Fahrzeuge verkauft er an einem Montag an den Kunden A, der das Fahrzeug am Dienstag direkt auf dem Gelände der car-renting abholt und mitnimmt. Der Kunde A muss den Kaufpreis bei seiner Bank finanzieren. Die Bank verlangt das Auto als Sicherheit und deshalb eine Sicherungs-übereignung. Ein weiteres Fahrzeug wird an den Kunden B verkauft, der es bereits auf Grund eines Mietvertrages besitzt. B möchte den Kaufpreis in Raten bezahlen. Die Car-renting möchte sich das Eigentum bis zur Zahlung des vollständigen Kaufpreises vorbehalten. Ein drittes Fahrzeug wird an den Kunden C veräußert. Das Fahrzeug befindet sich aber auf Grund eines Mietvertrages beim Kunde D.

1. Wie erfolgt rechtlich die Übereignung der Fahrzeuge an die Kunden A, B und C?
2. Was verstehen Sie unter einer Sicherungsübereignung und wie wird sie vollzogen?
3. Was verstehen Sie unter einem Eigentumsvorbehalt und wie wird er gestaltet?

Lösung

1. Kunde A: Durch Einigung und Übergabe, § 929 Satz 1 BGB

Kunde B: Es genügt die Einigung, § 929 Satz 2 BGB

Kunde C: Einigung und Abtretung des Herausgabeanspruchs, den die Car-renting gegen den D hat, § 931 BGB.

2. Zur Sicherungsübereignung an die Bank erfolgt eine Einigung über den Eigentumsübergang an die Bank, das Fahrzeug bleibt im Besitz des Kunden, die Übergabe wird ersetzt (Übergabesurrogat) durch ein sogenanntes Besitzkonstitut (= durch Vereinbarung rechtsbegründendes Besitzmittlungsverhältnis), § 930 BGB.

3. Einigung und Übergabe nach § 929 BGB, die Übergabe erfolgt allerdings unter der aufschiebenden Bedingung der vollständigen Zahlung des Kaufpreises, § 449 BGB.

Gutgläubiger Erwerb, § 932 BGB (Fall 55, 67, 78 der Sammlung)

Kein gutgläubiger Erwerb bei abhanden gekommenen Sachen, § 935 BGB

Fall gutgläubiger Erwerb

K wird auf einem Flohmarkt von V eine wertvolle Tiffany-Lampe zu einem sehr günstigen Preis von 390,-- € angeboten. Der V erklärt ihm, die Lampe habe er ebenfalls sehr günstig von einem Hobbysammler erhalten, der seine Sammlung aus gesundheitlichen Gründen aufgeben müsse. K erklärt, dass er eigentlich überhaupt keine Tiffany-Lampe brauche. Lediglich um ihm, dem V, einen Gefallen zu erweisen, biete er ihm aber für die Lampe 110,-- €. V jammert, dass K ihn wohl ruinieren wolle, ist aber dennoch einverstanden. Nur drei Tage später nach dem geglückten Coup taucht bei K die Polizei auf und teilt K mit, dass die Lampe aus einem Diebstahl stamme und der Eigentümer E die Lampe gerne zurück hätte.

Wer ist Eigentümer der Lampe?

Lösung

Ursprünglicher Eigentümer war E. E hat nicht an K übereignet.

Eigentumsübergang durch Übereignung von V an K?
Einigung und Übergabe erfolgt, § 929 S. 1 BGB

Aber: V war nicht Eigentümer.

Aber: Gutgläubiger Erwerb gem. § 932 BGB möglich

Aber: kein gutgläubiger Erwerb von abhanden gekommenen Sachen, § 935 BGB

3.1.1.2 Eigentumserwerb kraft Gesetzes an beweglichen Sachen (Fall 15, 42, 85 der Sammlung)

3.1.1.2.1 Verbindung mit einem Grundstück, § 946 BGB

- Wesentlicher Bestandteil des Grundstücks, § 94 BGB
- Folge: Eigentum am Grundstück erstreckt sich auf die Sache
- Wesentlicher Bestandteil einer Sache, also auch des Gebäudes: § 93 BGB, nicht von einander trennbar

3.1.1.2.2 Verbindung mit beweglichen Sachen, § 947 BGB: anteilmäßige Miteigentümer. Ist ein Sache Hauptsache, so ist deren Eigentümer Alleineigentümer der neuen Sache

3.1.1.2.3 Vermischung, § 948 BGB: wie § 947 BGB

3.1.1.2.4 Entschädigungsanspruch, § 951 BGB

Fall gesetzlicher Eigentumsübergang

Die Witwe W möchte gerne in ihrem alten Bauernhaus eine neue Einbauküche montieren lassen. Sie beauftragt den Schreiner S, die Küche nach Maß anzufertigen und anschließend in ihrer Küche einzubauen. Da W den Preis hierfür in Höhe von 10.000,-- € nicht sofort entrichten kann, vereinbart sie mit S eine Anzahlung von 3.000,-- € sowie für den Rest eine Ratenzahlung von monatlich 500,-- €. Die Anzahlung erfolgt sofort. W und S vereinbaren ferner einen Eigentumsvorbehalt zu Gunsten des S. In der Folgezeit zahlt W noch 6 Raten, dann geht ihr das Geld aus. S kündigt an, die Küche wieder abzuholen.

1. Wer ist Eigentümer der Küche?
2. Hat S einen Anspruch auf Rückgabe der Küche?

Lösung

1. S war ursprünglich Eigentümer der Küche. Durch den Einbau im Hause der W wurde sie allerdings wesentlicher Bestandteil des Hauses, § 94 BGB, und ging deshalb in das Eigentum von W über, § 946 BGB.
2. S kann die Herausgabe der Küche nur verlangen, wenn er Eigentümer der Küche ist und W kein Recht zum Besitz hat, § 985 BGB. S hat das Eigentum an der Küche durch den Einbau verloren, s.o. Fraglich ist aber, ob der Eigentumsübergang durch den zu Gunsten des S vereinbarten Eigentumsvorbehalt verhindert wurde. Dies ist nicht der Fall. Nach der Rechtsprechung des BGH beeinträchtigt der durch Rechtsgeschäft vereinbarte Eigentumsvorbehalt den gesetzlichen Eigentumsübergang nicht.

3.1.2 Rechte des Eigentümers

3.1.2.1 Verfahren mit der Sache nach Belieben, soweit gesetzlich zulässig, § 903 BGB

3.1.2.2 Herausgabeanspruch gegen den (unberechtigten) Besitzer, § 985 BGB

- Besitzer darf kein Recht zum Besitz haben (z.B. auf Grund eines Mietvertrages), § 986 BGB

3.1.2.3 Schadensersatzansprüche gegen den unberechtigten Besitzer

3.1.2.4 Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche, § 1004 BGB

Voraussetzungen

- Beeinträchtigung des Eigentums
nicht durch Entziehung oder Vorenthaltung (da dann § 985 BGB einschlägig)
- Einwirkung auf die Sache
- fortdauernd (dann Beseitigung)
- zu befürchten (dann Unterlassung)
- Anspruchsgegner ist Störer:
 - ++ Handlungsstörer: Eigenes Tun oder Unterlassen
 - ++ Zustandsstörer: Hat willentlichen Einfluss auf die beeinträchtigende Sache
- keine Verpflichtung zur Duldung, § 906 BGB

3.2 Besitz

3.2.1 Erwerb des Besitzes

- durch Erlangung der tatsächlichen Gewalt entweder durch sich oder einen anderen
 - unmittelbarer Besitzer, § 854 Abs. 1 BGB
 - direkte räumliche Herrschaftsbeziehung
 - Besitzwille
-
- mittelbarer Besitzer, § 868: keine direkte Herrschaftsbeziehung, sondern nur eine indirekte (z.B. der Vermieter ist mittelbarer Besitzer, der Mieter unmittelbarer Besitzer)

3.2.2 Rechte des (berechtigten) Besitzers

3.2.2.1 Selbsthilferecht bei verbotener Eigenmacht, § 859 BGB

3.2.2.2 Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch, § 862 BGB

II. Gefährdungshaftung verschuldensunabhängige Haftung

aufgrund der Gefährlichkeit eines Tuns und der sich daraus realisierenden Gefahr

Produkthaftung

Am Ende des Wintersemesters feiern die Studenten in einer lauen Märznacht eine Grillparty. Einer der Anwesenden hatte zum besseren Anfachen des Grillfeuers eine Flasche Grillanzünder mitgebracht, die neben der Grillstelle lag. S, einer der Besucher, möchte gegen später Stunde noch eine Wurst grillen und dem Feuer etwas Schwung geben. Im Schummerlicht kann er gerade noch lesen, dass der Grillanzünder auch zum direkten Einsprühen in noch glimmende Kohle geeignet sein soll. Als S den Grillanzünder in die Kohle sprüht, kommt es zu einer Explosion, durch die S Verletzungen im Gesicht und an den Händen erleidet. S muss sofort in ein Krankenhaus. Als Hersteller ist eine Feuerwerks- und Zubehör-GmbH auf der Dose genannt. Bei einer Überprüfung des Sprühmaterials stellt sich heraus, dass ein Zusatzstoff, der die Explosion verhindern soll, dem Flascheninhalt nicht beigegeben worden war.

Hat S gegen die GmbH

a. vertragliche

b. deliktische

c. sonstige Ansprüche

auf Ersatz der Behandlungskosten und ein angemessenes Schmerzensgeld?

1. Produkthaftung nach dem Produkthaftungsgesetz (Gesetz abgedruckt unter Nr. 4 im Textband BGB, siehe auch Fall 56 der Sammlung))

Anspruchsgrundlage: § 1 ProdHaftG

Fehlerhaftes Produkt mit Schadenfolge an Körper, Leben, Gesundheit und privater Sache

- Produkt: § 2 ProdHaftG (jede bewegliche Sache – auch als Teil einer anderen Sache - sowie Elektrizität)
- Fehlerhaftigkeit, § 3 ProdHaftG: fehlende Sicherheit
- Kausalität
- Anspruchsgegner: Hersteller, § 4 ProdHaftG: Hersteller als solcher, aber auch durch Anbringung des Namens oder
- Verbringung in den europäischen Wirtschaftsraum
- Kein Ausschluss der Ersatzpflicht nach § 1 Abs. II und III ProdHaftG, z.B.
 - ++ Hersteller bringt Produkt nicht in den Verkehr oder das Produkt war hierfür auch gar nicht vorgesehen oder
 - ++ Das Produkt hatte den Fehler zu diesem Zeitpunkt nicht oder
- Fehler konnte zu dem Zeitpunkt nicht erkannt werden

Lösung

a. Keine vertraglichen Ansprüche, da kein Vertrag

b. Anspruch nach § 823 BGB? Könnte bestehen, da eine rechtswidrige Körperverletzung vorliegt. Aber: Es liegen keine Anzeichen für ein Verschulden der GmbH vor, das S nachweisen müsste.

c. Ansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz?

AGL: § 1 ProdHaftG

- Produkt: § 2

- Fehler: § 3

- Hersteller: § 4

Kein Ausschluss, 1 Abs. 2

Schmerzensgeld, § 8

2. Kfz-Halter-Haftung, StVG (Straßenverkehrsgesetz)

Voraussetzungen

- Betrieb eines Kraftfahrzeuges
- Tötung, Verletzung oder Gesundheitsbeschädigung eines Menschen
- Beschädigung einer Sache
- Folge: Schadensersatzpflicht

III. Handelsrecht

Grundsatz: Vorschriften des HGB sind Sondervorschriften, sofern das BGB nicht gilt.

1. Kaufmann (Fall 19, 29 der Sammlung)

1.1 Istkaufmann, § 1 HGB

1.1.1 Gewerbe

- äußerlich erkennbare
- erlaubte
- rechtlich selbständige (kein Arbeitsverhältnis)
- planmäßig auf gewisse Dauer
- gewinnorientiert
- darf nicht zu den sogenannte freien Berufen gehören (Anwälte, Steuerberater, Ärzte)

1.1.2 Handelsgewerbe

Jedes Gewerbe, es sei denn, es erfordert nach Art und Umfang keinen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb (keine Buchführung, keine Bilanz, geringer Umfang

- Ist verpflichtet, sich in das Handelsregister eintragen zu lassen. Eintrag ist nur deklaratorisch.

1.2 Kannkaufmann, § 2 HGB

Möchte Kaufmann sein, lässt sich in das HRG eintragen.

Eintrag ist konstitutiv.

1.3 land- und forstwirtschaftlicher Kannkaufmann, § 3 Abs. 2 HGB

1.4 Formkaufmann, § 6 HGB, z.B. GmbH, AG

1.5. Firma (Name) des Kaufmanns, §§ 17 ff. HGB

Grundsätze der Firmenbildung

1.5.1 Firmeneinheit, § 18 Abs. 1 HGB: Die Fa. muss die Kennzeichnung ermöglichen und Unterscheidungskraft besitzen

1.5.2 Firmenwahrheit, § 18 Abs. 2 HGB: Angaben zur Firma müssen stimmen

1.5.3 Rechtsformzusatz, § 19 HGB

1.5.4 Firmenbeständigkeit, § 22 HGB: Fortführung der Firma bei Erwerb des Handelsgeschäftes

Folge: Haftung des Erwerbers (unter Lebenden) bei Firmenfortführung, § 25 HGB

Aber: Haftungsausschluss möglich bei Eintrag in das HRG und Bekanntmachung

Gleiches gilt auch für den Erben eines Handelsgeschäfts, § 27 HGB, allerdings keine Haftung wenn innerhalb einer Frist von 3 Monaten das Geschäft eingestellt wird.

Bei Inanspruchnahme des Rechtsnachfolgers: früherer Inhaber haftet gegenüber dem Erwerber für die Dauer von 5 Jahren.

Beginn: Ende des Tages der Eintragung in das HRG

1.5.5 Firmenöffentlichkeit, § 29 HGB: Eintragung in das HRG

1.5.6: Firmenausschließlichkeit, 30 HGB: Unterscheidbarkeit der Firmen vor Ort

2. Das Handelsregister

2.1 wird von den Gerichten elektronisch geführt, § 8 HGB

2.1.1 elektronische Führung, § 8a, § 3 HRV
(Handelsregisterverordnung)

2.1.2 Die Anmeldung erfolgt elektronisch in öffentlich beglaubigter Form, § 12 HGB

2.1.3 Eintragungen, § 3 HR V

Abt. A: Einzelkaufleute, OHG, KG

Abt. B: Juristische Personen (AG, GmbH)

2.2 Publizität des Handelsregisters, § 15 HGB gilt nur für eintragungspflichtige Tatsachen

2.2.1 Ist eine Tatsache nicht eingetragen oder nicht bekannt gemacht, so gilt sie gegenüber einem Dritten nicht (sogenannte negative Publizität des HRG)

2.2.2 Ist die Tatsache hingegen eingetragen, so muss ein Dritter sie gegen sich gelten lassen (Bsp.: Löschen eines OHG-Gesellschafters)

dies nicht innerhalb von 15 Tagen nach Bekanntmachung, wenn der Dritte die Tatsache nicht kannte oder nicht kennen musste, § 15 Abs. 2 HGB

Rechtsfolge: Spätestens alle 15 Tage sollte man mal ins HRG schauen

Ist etwas unrichtig eingetragen und bekannt gemacht, so kann sich ein Dritter auf den Eintrag berufen, es sei denn, dass er die Unrichtigkeit kannte
(sogenannte positive Publizität des HRG).

3. Prokura, §§ 48 ff. HGB (Fall 8, 16, 40, 60 der Sammlung)

3.1 Wirksame Erteilung, § 48 HGB

- Erteilung einer Vollmacht zum Betrieb eines Handelsgewerbes
- Ausdrückliche Erklärung (also keine konkludente Erteilung)
- Persönlich (Inhaber) oder von dessen gesetzlichem Vertreter
- Gegenüber dem Prokuristen, einem Dritten oder öffentlich
- Prokurist ist eine (oder mehrere gemeinschaftlich, Gesamtprokura) natürliche Person(en)
- Muss sich vom Prinzipal unterscheiden, also nicht dessen Geschäftsführer oder Vorstand

3.2 Inhalt und Umfang der Prokura

- gerichtliche und außergerichtliche Geschäfte und Rechtshandlungen, § 49 HGB
- Zum Betrieb eines Handelsgewerbes
- Ausgeschlossen: Geschäftseinstellung, Unternehmensveräußerung, Jahresabschlussunterzeichnung, Erteilung einer Prokura
- Keine Veräußerung oder Belastung von Grundstücken ohne besondere Ermächtigung
- Keine Beschränkung nach außen, § 50 Abs. 1 HGB (nach innen aber möglich)
- Filialprokura, § 50 Abs. 3 HGB: möglich, wenn Filialen unter verschiedenen Firmen geführt werden oder mit Zusatz „Zweigniederlassung“

3.3 Ende der Prokura

- Beendigung des Rechtsgeschäfts, in dessen Rahmen die Prokura erteilt wurde, § 168 BGB
- Widerruf, § 52 Abs. 1 HGB
- Einstellung bzw. Verkauf des Geschäfts
- Verlust der Kaufmanneigenschaft
- Tod des Prokuristen

3.4 Erteilung und Erlöschen sind anmeldepflichtig, § 53 HGB, ansonsten formlos

Fall Prokura (Fall 14 der Sammlung)

K ist Komplementär der Software Solution KG. P ist seit Jahren der Prokurist der KG. Die Prokura wurde auch im HR eingetragen.

Am 13. April 2019 widerruft K die dem P erteilte Prokura, weil er mit dessen Auftreten in der Öffentlichkeit nicht einverstanden ist. Der Widerruf der Prokura wird am 24.05.2019 in das HR eingetragen.

Am 19.04.2019 besucht P die Niederlassung eines Deutschen Sportwagenherstellers S und bestellt dort im Namen der Software Solution KG bei dem dortigen Verkaufsleiter V ein schickes Cabriolet als sein neues Geschäftsfahrzeug. Am 24.04.2019 kauft P beim Juwelier J ebenfalls im Namen der Software Solution KG eine wertvolle Krawattennadel mit der Behauptung, es handele sich um das Geschenk für einen Kunden der SoftwareSolution KG. J wusste zu diesem Zeitpunkt schon von dem Widerruf der Prokura, da er ein Kegelbruder von K ist und dieser ihm wenige Tage zuvor beim Kegelabend von dem Widerruf berichtet hatte.

1. Hat P am 19.04.2019 mit S für die Software Solution KG einen wirksamen Kaufvertrag über den Sportwagen geschlossen?
2. War P am 19.04.2019 noch Prokurist?
3. Hat P am 24.04.2019 mit J einen wirksamen Kaufvertrag über die Krawattennadel geschlossen?
4. Hat die Software Solution KG Schadenersatzansprüche gegenüber P?

Lösung

1. Ja, der Kauf auch von Sportwagen gehört zum Umfang der Prokura, § 49 HGB. S hatte von dem Widerruf keine Kenntnis, da dieser noch nicht im HR eingetragen war. V war auch bevollmächtigt, er hat Handlungsvollmacht gem. § 54 HGB.
2. Nein, die Prokura war zu diesem Zeitpunkt bereits widerrufen worden.
3. Nein, die Prokura bestand zu diesem Zeitpunkt nicht mehr, der Widerruf war dem J auch bekannt. Der Vertrag ist schwebend unwirksam.
4. Ja, P hat durch den weiteren Gebrauch der Prokura seine Verpflichtungen aus dem mit der KG bestehenden Beschäftigungsverhältnis verletzt, so dass Schadensersatzansprüche gem. § 280 BGB bestehen.

4. Andere Vollmachten des Kaufmanns

4.1 Handlungsvollmacht, § 54 HGB

- Für Geschäfte im Rahmen des Handelsgewerbes
- Ohne Prokura zu sein
- Ausdrücklich oder konkludent
- Umfang: alle Geschäfte, die der Betrieb eines derartigen Handelsgewerbes gewöhnlich mit sich bringt
- Bei Überschreiten: Gutgläubensschutz gemäß § 54 Abs. 3 HGB an Umfang des § 54 Abs.1 HGB
- Kein Eintrag im HRG

4.2 Ladenvollmacht, § 56 HGB

- Angestellter: jeder, der mit Wissen und Wollen des Inhabers mit Publikum verkehrt
- Laden: Verkaufsort, das dem Publikum zugänglich ist
- Inhalt: Verkauf und Empfangnahme von Waren und sonstigem, was in derartigen Läden üblich ist

5. Rechtsfolgen für den Kaufmann

5.1 Formfreiheit - § 350 HGB

Keine Schriftform für Bürgschaft, Schuldversprechen, Schuldanerkennnis

Beispiel: Anruf bei Bank, Übernahme Bürgschaft für Dritten

5.2 Untersuchungs- und Rügepflicht - § 377 HGB (Fall 3, 20 der Sammlung)

Verpflichtung zur Untersuchung und unverzöglichen Mängelrüge,

andernfalls gilt Ware als genehmigt

Beispiel: Lebensmittel sind nicht mehr genießbar.

Problem: Umfang der Untersuchung – nur wenn überhaupt möglich, dann stichprobenartig 3 – 5 %

Fall Untersuchungs- und Rügepflicht

V und K, beide Kaufleute, schließen am 05.08.2019 einen Kaufvertrag, wonach V an K 20 Paletten Dosenananas zu liefern hat. Die Ware wird am 14.08.2019 bei hochsommerlichen Temperaturen mit einem ungekühlten LKW aus Süditalien, wo die Dosen schon 1 Tag im Hafen standen, angeliefert. K untersucht die Lieferung am 15.08.2019 stichprobenartig und stellt fest, dass diese teilweise verdorben ist. Am 22.08.2019 mahnt V die Zahlung des Kaufpreises an. K erklärt, dass er die Dosenananas nicht behalten wolle und möchte die gesamte Lieferung zurück geben. V hingegen pocht auf Zahlung des Kaufpreises.

1. Worin besteht der Unterschied zwischen einem Ist- und einem Kann-Kaufmann?
2. Steht K ein Anspruch auf Rücknahme der Lieferung durch V zu?

Lösung

1. Ist-Kaufmann, § 1 HGB, betreibt ein Handelsgeschäft
Kann-Kaufmann, § 2 HGB, betreibt kein Handelsgeschäft
und wird Kaufmann durch Eintrag der Fa. ins HRG

2. Nein, als Kaufmann unterliegt K der Untersuchungs-
und Rügepflicht, der er nicht nachgekommen ist, § 377
HGB, so dass er seine Ansprüche verloren hat.

5.3 Schweigen auf kaufmännisches Bestätigungsschreiben (Fall 32 der Sammlung)

Grundsätzlich: Das Schweigen im Rechtsverkehr entfaltet keine rechtliche Wirkung

Ausnahme im Handelsrecht: Kaufmännisches Bestätigungsschreiben

Es handelt sich um das Bestätigungsschreiben des Kaufmanns über eine vermeintlich oder tatsächlich mündlich getroffene Vereinbarung zur Klarstellung des Vereinbarten.

Ist der Empfänger Kaufmann, so muss er unverzüglich widersprechen, wenn der Inhalt des Schreibens nur unwesentlich und vertretbar vom Inhalt der Vereinbarung abweicht, andernfalls der Vertrag mit dem Inhalt des Bestätigungsschreibens zustande kommt.